

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

BAND 5

Die außenpolitische Lage Deutschlands
am Beginn der achtziger Jahre



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Die außenpolitische Lage Deutschlands
am Beginn der achtziger Jahre**

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis

BAND 5



Die außenpolitische Lage Deutschlands am Beginn der achtziger Jahre

Mit Beiträgen von

Wilhelm Grewe · Jens Hacker
Boris Meissner · Wolfram von Raven
Karl C. Thalheim · Gottfried Zieger



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Die in dieser Reihe veröffentlichten Beiträge geben
ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.**

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 428

Alle Rechte vorbehalten

© 1982 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1982 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 05185 8

INHALT

Das geteilte Deutschland und die weltpolitische Lage	
Von Botschafter a. D. Prof. Dr. <i>Wilhelm Grewe</i> , Königswinter	7
Die Stellung der beiden Teile Deutschlands in der Weltwirtschaft	
Von Prof. Dr. <i>Karl C. Thalheim</i> , Berlin	21
Die ungelöste deutsche Frage und ihre Rolle in den Ost-West-Beziehungen	
Von Prof. Dr. <i>Gottfried Zieger</i> , Göttingen	41
Stand und Perspektiven der deutsch-deutschen Beziehungen	
Von Dr. <i>Jens Hacker</i> , Köln	61
Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion — Entwicklung, Stand und Perspektiven ihrer Beziehungen	
Von Prof. Dr. <i>Boris Meissner</i> , Köln	115
Die politischen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR	
Von Dr. <i>Jens Hacker</i> , Köln	137
Sicherheit zwischen Entspannung und Eindämmung	
Von <i>Wolfram von Raven</i> , Bonn	191

Die Beiträge dieses Bandes fußen auf Vorträgen, die auf der Wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises am 17. und 18. April 1980 in Mainz gehalten wurden.

DAS GETEILTE DEUTSCHLAND UND DIE WELTPOLITISCHE LAGE

Von Wilhelm Grewe

Die Erklärung, mit der der Bundeskanzler am 20. März 1980 die Bundestagsdebatte „zur Lage der Nation“ eröffnete, begann mit dem Satz: „Die Lage unserer geteilten Nation und die weltpolitische Entwicklung sind unlösbar miteinander verbunden.“

Dieser Satz läßt sich nach zwei Richtungen hin interpretieren. Man kann ihn einmal dahin verstehen, daß die Überwindung der deutschen Teilung nur im Zuge einer weltpolitischen Entwicklung denkbar ist, die dafür entsprechend günstige Voraussetzungen schaffen müßte; oder negativ ausgedrückt: daß sie ausgeschlossen bleibt, solange die gegenwärtige weltpolitische Konstellation (d. h. vor allem der Ost-West-Gegensatz mit allen seinen Konsequenzen) fortbesteht. Dementsprechend endete die Erklärung des Bundeskanzlers mit der Feststellung: „Was die Zukunft der deutschen Nation betrifft, so müssen wir nüchtern feststellen, daß die politischen Konstellationen in der Gegenwart keine Möglichkeiten bieten, die Teilung Deutschlands in zwei Staaten zu überwinden.“ Niemand kann dem widersprechen.

Man kann den Anfangssatz aber auch so verstehen, daß er besagen will: Die weltpolitische Entwicklung wird wesentlich von der Lage unserer geteilten Nation bestimmt (oder wenigstens beeinflußt).

Diese Deutung enthielt einmal eine zutreffende Feststellung; heute trifft sie nicht mehr zu.

25 Jahre lang war das geteilte Deutschland ein für die weltpolitische Lage bestimmender Faktor. Das galt selbst im Augenblick unserer größten und vollständigsten Macht- und Hilflosigkeit: Das Kernstück des Potsdamer Abkommens von 1945 war die provisorische Regelung aller Deutschland betreffenden Angelegenheiten in einem von vier Besatzungsmächten regierten Restgebiet des Reiches.

Marshall-Plan, Berlin-Blockade, Gründung der Bundesrepublik und der DDR bezeichnen Höhepunkte des kalten Krieges in den Jahren 1947 - 1949, die sich aus den Problemen des geteilten Deutschlands ergaben. 1954/55 standen diese Probleme auf der Tagesordnung der

großen Viererkonferenzen von Berlin und Genf. 1958/61 beherrschten sie die jahrelange Krise, die mit Chruschtschows Ultimatum begann und in dem Bau der Berliner Mauer gipfelte.

Als nach der Kuba-Krise von 1962 die allmähliche Wendung zur Entspannungspolitik begann, spielten auch dabei die deutschen Probleme eine entscheidende Rolle: Die in Reykjavik 1968 vom Westen vorgeschlagenen Verhandlungen über einen beiderseitigen ausgewogenen Truppenabbau zielten in erster Linie auf Deutschland — nicht anders als der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder der sowjetische Vorschlag für eine europäische Sicherheitskonferenz. Anfang der siebziger Jahre noch beherrschten die deutschen Probleme den Verlauf der weltpolitischen Entwicklung: Ost-Verträge, Berlin-Abkommen, Grundvertrag und KSZE waren entscheidende Elemente der Entspannungspolitik, die damals ihren Höhepunkt erreichte.

Als diese Karten ausgespielt waren, wandelte sich die Szene sehr rasch: In der ersten Hälfte der siebziger Jahre, besonders ab 1975 (Hel-sinki) verschwand das geteilte Deutschland aus dem Sturmzentrum der weltpolitischen Entwicklung.

Ich will damit nicht sagen, daß das politische Gewicht Deutschlands abgenommen hätte. Im Gegenteil, das Gewicht der Bundesrepublik hat zugenommen, aber es wirkt sich bei Problemen aus, die jenseits der deutschen Frage liegen: bei der Ordnung der Weltwirtschaft, beim Nord-Süd-Konflikt, in Namibia, in der atlantischen Rüstungspolitik.

In den Vordergrund der weltpolitischen Entwicklung rückten zunehmend andere Fragen: Vietnam, der Nahe Osten, Afrika, neuerdings Zentralasien.

Dieser Abwendung des allgemeinen öffentlichen Interesses von den deutschen Fragen entspricht natürlich auch — und das ist der positive Aspekt dieser Entwicklung — eine Verlagerung der Krisenherde: sie liegen im Augenblick nicht mehr in Mitteleuropa, und diese für uns sicher erfreuliche Entwicklung hat viele deutsche Politiker dazu geführt, die in anderen Teilen der Welt existierenden Krisenherde weniger wichtig zu nehmen und sie für Störfaktoren zu halten, die uns nur sehr entfernt und mittelbar angehen. Darauf bauen sich politische Konzepte auf, die Afghanistan für einen Konflikt der Sowjetunion mit der Dritten Welt halten (oder zu halten vorgeben), der die Entspannung in Europa nicht berühren dürfe.

Über Afghanistan später. Die augenblickliche Konzentration des Interesses der Weltöffentlichkeit auf Zentral-Asien (Iran, Afghanistan) darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Reihe anderer, gefährlicher Krisenherde auf der Welt gibt: Die Eroberung Kambod-

schas durch die Vietnamesen ist keineswegs vollendet; die chinesisch-vietnamesische Spannung besteht fort (noch vor einigen Wochen hat der chinesische Staats- und Parteichef Hua Guo Feng den Vietnamesen mit einer neuen „Lektion“ gedroht). Die weitere Konsolidierung der Asean-Gruppe ist das hoffnungsvollste Entwicklungselement in dieser Region. Außenminister Genscher hat das frühzeitig erkannt und sich ein großes Verdienst damit erworben, die Asean-Gruppe an die EG heranzuführen (Konferenz in Kuala Lumpur im März 1980).

Kein akutes Krisengebiet ist gegenwärtig der Ferne Osten. Das Wort „akut“ soll andeuten, daß ein latentes Krisenpotential auch in dieser Region nicht fehlt. Es ist vor allem in der nach wie vor spannungs- und konflikt-trächtigen Beziehung zwischen Nord- und Südkorea zu finden, deren undurchsichtige und mehrfach unterbrochene Wiedervereinigungs- und Ausgleichs-Gespräche kürzlich (am 1. April 1980) unter gegenseitigen Beschuldigungen betr. Grenzprovokationen wieder abgebrochen und vertagt wurden. Zwar hat die Ermordung des Diktators Park zu keinen innenpolitischen Erschütterungen geführt, die Nordkorea in Versuchung hätten führen können, im südlichen Nachbarland im Trüben zu fischen. Aber die innere Lage in Südkorea ist noch nicht konsolidiert und bleibt ungewiß. Der Abzug der amerikanischen Truppen ist gestoppt worden und dürfte nach den Ereignissen dieser Jahreswende kaum fortgesetzt werden. Es ist jedoch symptomatisch für die heutige Weltlage, daß die im Verlauf der Afghanistan-Krise vorgenommene amerikanische Flottenkonzentration im Indischen Ozean dazu geführt hat, daß es jetzt zum ersten Male seit dem Ende des Krieges keinen US-Flugzeugträger im Pazifik gibt.

Sollte es in näherer Zukunft zu einem neuen Korea-Konflikt kommen, so wird nur der sowjetische Flugzeugträger „Minsk“ in den Gewässern jener Region kreuzen.

Die Japaner haben unter dem Eindruck des amerikanischen Disengagements nach dem Vietnam-Debakel zwar angefangen, in Verteidigungsfragen etwas realistischer zu denken als in vergangenen Jahren, in denen sie glaubten, sich ohne jede Gegenleistung auf den militärischen Schutz der Vereinigten Staaten verlassen zu können und alle ihre Kräfte auf ihre wirtschaftliche Expansion konzentrieren zu können. Die Einstellung der japanischen Öffentlichkeit zu den eigenen (häufig als verfassungswidrig angesehenen) Streitkräften hat sich verändert, ist positiver geworden, die Verteidigungsanstrengungen sind intensiviert worden — aber sie sind immer noch weit davon entfernt, die Verminderung der amerikanischen militärischen Präsenz auch nur teilweise kompensieren zu können. Der japanische Verteidigungshaushalt steht immer noch bei 0,9 % des BSP, mit Abstand der niedrigste Anteil weit